

BUND FÜR SOZIALE VERTEIDIGUNG e.V.
Konflikte gewaltfrei austragen – Militär und Rüstung abschaffen



Rundbrief 2/2024



Diesmal u. a.:

- 35 Jahre Gewaltfreie Revolution in der DDR
- Bericht von der Ukraine-Tagung
 - Klima und Migration
- Polarisierungen überwinden

Inhalt

Eberhard Bürger 1989 - war da was?	3
Christine Schweitzer Tagung: Jenseits der Kriegslogik	5
Julian Böttcher Prognose Klimaflucht	7
Outi Arajärvi Was hilft gegen Polarisierung und politische Gewalt?	9
Stephan Brües Neue Online-Zeitung „gewaltfreie aktion“	11
Stephan Brües Gewaltfreier Widerstand in Guatemala	13
Fachgespräch Kommunale Friedensarbeit	15

Impressum

Rundbrief Nr. 2/2024

Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8, 32423 Minden,
☎ 0571 29456

✉ info@soziale-verteidigung.de

🌐 www.soziale-verteidigung.de

📘 facebook.com/BSV.Frieden

📷 instagram.com/bund_fuer_soziale_verteidigung

Spendenkonto

IBAN: DE73 4905 0101 0089 4208 14
BIC: WELADED1MIN

Redaktion und V.i.S.d.P.:

Dr. Christine Schweitzer

Gestaltung: Maryam Aliakbari

Druck: art+image GmbH & Co. KG

Auflage: 3.800

Erscheinungsweise vierteljährlich

Titelbild: Ausschnitt eines Wandbilds von Michael Fischer-Art in der Leipziger Innenstadt. Foto: Frank Vincentz - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=37462051>

Editorial

Liebe Leser*innen,

rechtzeitig vor der langen Sommerpause erhalten Sie/ erhaltet Ihr hier unseren zweiten Rundbrief. Wir haben uns wieder bemüht, einen Strauß von unterschiedlichen Themen zusammenzustellen. Etliche Jahrestage werden dieses Jahr begangen – wir schauen auf 35 Jahre gewaltfreie Revolution in der DDR und den anderen Ostblockstaaten. Stephan Brües hat jüngst Guatemala besucht und dort Organisationen und Menschenrechtler*innen getroffen. Outi Arajärvi bespricht eine interessante Studie über Strategien gegen gesellschaftliche Polarisierung – humorvoll dabei die Feststellung, dass das Aufbauen von Biertischen Menschen am meisten zusammenbringt! Das Thema Klima und Flucht, zu dem Julian Böttcher schreibt und ein Bericht über unsere Ukraine-Tagung vom April dürfen natürlich auch nicht fehlen. Abgerundet wird dieses Heft durch einen Hinweis auf die neue Online-Plattform „gewaltfreie aktion“ und auf unser Fachgespräch im Herbst zum Thema Kommunale Friedensarbeit.

Wir wünschen allen eine gute Lektüre!

Christine Schweitzer
für das BSV-Team

In eigener Sache Neue Website

Der BSV hat seit Mai eine neu gestaltete Website. Sie ist gleichzeitig auch zu einem neuen Provider umgezogen. Wir sind noch dabei, alle Inhalte zu aktualisieren und bitten um etwas Geduld, was Fehler auf der neuen Seite angeht. Auch müssen wir leider darauf hinweisen, dass alle alten Links zu unserer Seite nicht mehr funktionieren. Wer also auf Inhalte bei uns verlinkt hat, müsste diese Links neu erstellen.

www.soziale-verteidigung.de



1989 - war da was?

35 Jahre Friedliche Herbstrevolution in Ostdeutschland

„1989?“ „Ach ja, da war doch der ‚Wahnsinn!‘ mit der Öffnung der Mauer in Berlin! Und 1990 dann das neue Zusammengehen dessen, ‚was zusammengehört‘, 3. Oktober 1990, Tag der Deutschen Einheit.“ „1989 – war das alles?“ „Was soll denn noch gewesen sein?“

Dieser kurze Dialog zeigt: Die Friedliche Herbstrevolution von 1989 ist zurzeit kaum noch erinnert, oder wenn, dann missbräuchlich durch die AfD mit Slogans wie „Wir sind das Volk!“ und „Wir vollenden die Revolution!“

Die Friedliche Herbstrevolution 1989 war das Ergebnis eines langen Weges von Frauen und Männern der Zivilgesellschaft in der DDR, an dessen Ende bis zum 8. November 1989 eine Diktatur gestürzt wurde. Vor allem zwischen 1962 – 1989 entwickelten sich in der DDR zunehmend Formen des „Widerspruchs“. Einzelne fanden sich zu kleinen Gruppen zusammen, u.a. Umwelt-, Menschenrechts- oder Friedensgruppen. Da staatlicherseits jede kritische Haltung zu Sachfragen sofort als Machtfrage angesehen und verfolgt wurde, bekundeten die Menschen in der DDR ihren Willen zur Veränderung nur zögerlich. Doch immer mehr dieser kleinen Basisgruppen schlossen sich – oft unter dem Dach der Evangelischen Kirche – zu Netzwerken zusammen und in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen entstanden Emanzipationsbewegungen, so z.B. in Literatur und Kunst, Philosophie und Jugendkultur.

Die Evangelische Kirche in der DDR war nicht nur Dach für viele Basisgruppen geworden, sondern wurde in ihrem Widerspruch zur „Verteidigungspolitik“ der DDR und des Warschauer Paktes zu einer Kirche des Friedens, die sich z.B. einsetzte:

- seit 1965 für die Wehrdienstverweigerung als das „deutlichere Zeugnis für das gegenwärtige Friedensgebot unseres Herrn“,
- seit 1962 und ausdrücklich erweitert 1987 für eine eindeutige Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung zugunsten einer „gemeinsamen Sicherheit“ (Olof Palme),
- seit 1988/89 (Ökumenische Versammlung) für weitestgehende Veränderungen im Welthorizont und in der DDR zu Fragen von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Foto links: Demonstration vor dem Rathaus Plauen am 30. Oktober 1989
© Bundesarchiv, Bild 183-1989-1106-405 / CC-BY-SA 3.0, de, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=5347587>

Foto rechts: Berliner Mauer am 3. Oktober 1990.
© RIA Novosti archive, image #428452 / Boris Babanov / CC-BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=18134861>



Autor:
EBERHARD BÜRGER
ev. Pfarrer i.R. in Magdeburg

Foto: Gestürztes Lenin-Denkmal in Rumänien.

© Ferran Cornellà -
Eigenes Werk,
CC BY-SA 3.0,
<https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=11722875>



Für zunehmend mehr Menschen unterschiedlichster Prägung entstand in der DDR „ein gewisser Raum zum Atmen“ und zur Selbstorganisation der Zivilgesellschaft. So konnte der Wahlbetrug des 7. Mai 1989 von Basisgruppen aufgedeckt werden und führte zu vielen öffentlichen gewaltfreien Aktionen. Am 7. Oktober 1989 in Plauen (15.000 Menschen) und am 9. Oktober in Leipzig (70.000) wurden erstmals Demonstrationen nicht gewaltsam beendet, sondern wurden zum Durchbruch für die gewaltfreien Wege der Friedlichen Revolution bis zum 8. November 1989.

„Wir sind das Volk!“ - dieser eindrückliche Ruf in Leipzig und anderswo machte klar, dass dem Machtapparat der SED die zivilgesellschaftliche Zustimmung entzogen worden war. Widerspruch zur Politik und Ausreisewellen in die BRD, wirtschaftliche Schwierigkeiten der DDR und das Ende des sowjetischen Machtanspruches – verschiedene Faktoren öffneten ein „Fenster der Gelegenheit“. Inhaltlich ging es vielen der Demonstrierenden – so wie in Magdeburg am 2. Oktober 1989 - um Freiheiten wie Presse-, Rede-, Meinungs-, Glaubens- und Bewegungsfreiheit, parlamentarische Mehrparteiendemokratie, unabhängige Bildungs- und Kulturpolitik ohne Hass und Feindbilderziehung, ziviler Wehersatzdienst, Arbeitsvergütung nach Leistung, strenge Gewaltenteilung und Rechtsstaatlichkeit in Legislative, Exekutive und Jurisdiktion, ökologische Erneuerung bei voller Information der Öffentlichkeit, Abschaffung der führenden Rolle einer Partei, Kontrolle der Macht im Staat durch das Parlament, Demonstrations-, Versammlungs- und Vereinigungsrecht, Abschaffung des „demokratischen“ Zentralismus, Beibehaltung der wahren Werte des Sozialismus, baldige Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten, Entmilitarisierung u.a.m. –

Roland Bleiker, Professor für Friedens- und Konfliktarbeit in Australien, hat 1993 eine Arbeit mit dem Titel „Gewaltfreier Kampf und die Revolution in Ostdeutschland“ geschrieben und angeregt, nach Möglichkeiten und Grenzen des gewaltfreien Engagements der Zivilgesellschaft zu forschen. Das Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung hat diese Schrift als Arbeitspapier Nr. 28 herausgegeben, übersetzt von Ingrid von Heiseler und mit einem Nachwort vom Autor dieses Textes versehen. Das Erbe der Friedlichen Herbstrevolution von 1989 könnte sich bei näherem Hinsehen als eine überraschende Ressource für die Zukunft erweisen, statt als „Resterampe“ entsorgt oder für neue Machtspiele - die Inhalte verfälschend - missbraucht zu werden.

„1989 – da war doch mehr, als der erste Blick zeigte!“

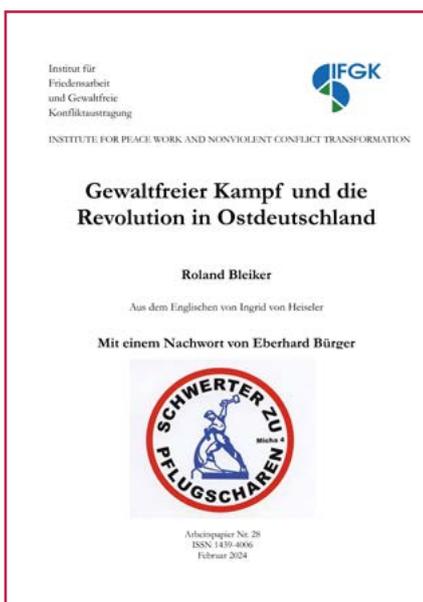




Foto links: Beim Abschlussplenum der Tagung.
© Christine Schweitzer

Foto rechts:
Duška Borovac-Knabe
© Elise Kopper

Tagung: Jenseits der Kriegslogik

Alternative Wege zum Frieden in der Ukraine

Vom 26.-28. April fand in Göttingen die Tagung des BSV zum Krieg in der Ukraine statt. Über 40 Teilnehmende diskutierten von Freitag bis Sonntag über die Situation und was getan werden könnte, damit dieser Krieg endlich endet. In diesem Bericht sollen nur einige Highlights aus den verschiedenen Einheiten betont werden – herausgepickt nach der persönlichen Sicht der Berichterstatteerin. Eine ausführliche Dokumentation der Tagung ist in Vorbereitung.

Den Frieden vorbereiten

Mehrere Referent*innen betonten die Notwendigkeit, schon jetzt, obwohl wir nicht wissen, wie dieser Krieg zu Ende gehen wird, sich Gedanken über die Zeit nach dem Krieg zu machen. Dr. Gbeognin Mickael Hougbedji sprach davon, dass „Kriege in die Herzen der Menschen gepflanzt werden“. Der Hass, der auf allen Seiten entsteht, und den auch Bernhard Clasen in seinem Vortrag über die Ukraine eindringlich beschrieb, muss angegangen werden, so verständlich er ist. Sonst, so Hougbedji, werden Friedensschlüsse leicht nur zu einer Pause zwischen zwei Kriegen. Duška Borovac-Knabe beschrieb in ihrer Arbeitsgruppe Beispiele solcher Friedensvorbereitung anhand der Kriege im ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren. Dort gab es auf allen Seiten Antikriegsgruppen, die miteinander in Kontakt blieben – sehr zum Unwillen ihrer jeweiligen Regierungen – und die durch verschiedene Projekte ein Zusammenleben der Menschen nach dem Krieg vorbereiteten. Dazu gehörten Jugendbegegnungen in einer geteilten Stadt ebenso wie Arbeit mit Veteranen, die sich jetzt, nach dem Krieg, gemeinsam dafür engagieren, dass ihre Kinder nicht das durchmachen müssen, was sie erleiden mussten.

In dem Ukraine-Krieg gibt es solche Gruppen allerdings nur begrenzt; eine Zusammenarbeit gibt es in erster Linie im Bereich der Kriegsdienstverweigerung. Dazu gehören die zahlenmäßig sehr kleine Ukrainische Pazifistische Bewegung von Yurii Sheliashenko, die BSV-Partnerorganisation „Unser Haus“ aus Belarus



Autorin:
CHRISTINE SCHWEITZER
ist Geschäftsführerin
des BSV.



Foto links: Einblicke.
© Christine Schweitzer

Foto rechts:
Ein Beispiel auch
für die Ukraine?
Friedensarbeit nach dem
Krieg in Post-Jugoslawien:
Center for Peacebuilding,
Sanski Most/BiH.
© Aus dem Vortrag von
Duška Borovac-Knabe

und in Russland die Bewegung für Kriegsdienstverweigerung. Eine Vertreterin der russischen Bewegung, Takhmina Khamraeva, war auch auf der Tagung und hielt einen Workshop zum Thema. Daraus entstand dann eine Resolution der Tagung zur Unterstützung der Kriegsdienstverweigerer aus allen drei Ländern. Sie kann auf unserer Website nachgelesen werden: <https://soziale-verteidigung.de/jahrestagung-des-bsv-jenseits-der-kriegslogik-alternative-wege-zum-frieden-in-der-ukraine>

Die Sicht auf den Krieg aus dem Globalen Süden

Dr. Boniface Mabanza Bambu, Referent der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA), Heidelberg, sprach über die „Sicht auf den Krieg aus dem Globalen Süden“. Er wies eingangs darauf hin, dass er natürlich nicht nur nicht für „den“ Globalen Süden sprechen könne, sondern dass es diesen auch gar nicht so gebe. Auch außerhalb Europas und Nordamerikas gibt es sehr unterschiedliche Sichtweisen auf den Krieg in der Ukraine. Trotzdem gäbe es eine gemeinsame Wahrnehmung einer Schieflage, ein Gefühl von Ungerechtigkeit. Er berichtete von Gesprächen, die er in Namibia führte. Anfänglich seien die Menschen schockiert gewesen über den Angriff Russlands. Aber dann wurde ihnen bewusst, dass das, was auf ihrem Kontinent passiert, Menschen in Europa nicht so bewegt, wie dieser Krieg sie bewegte. In Ostkongo gab es mehr als zehn Millionen Todesopfer. Wo ist der Aufschrei in Deutschland, in Frankreich, fragte er.

Eine Verhandlungslösung?

Die Forderung nach einer Verhandlungslösung eint die meisten Friedensbewegten unabhängig davon, wie man zu Streitpunkten wie den Waffenlieferungen steht. Das Thema „Verhandlungen“ spielte auch in der Tagung eine große Rolle. Bernhard Clasen wies diesbezüglich darauf hin, dass Gespräche zu bestimmten Themen zwischen Russland und der Ukraine nie abgerissen sind – etwa zu Gasexporten, Kriegsgefangenen und Getreideexporten. Er wies darauf hin, dass auch der Umstand, dass immer wieder der Menschenrechtsbeauftragte der Ukraine, Dmitri Lubinez und die russische Menschenrechtsbeauftragte Tatjana Moskalkowa sich miteinander treffen, interessant sei. „Beide Personen haben Zugang zu ihren jeweiligen Präsidenten“, so Clasen.

Die Forderung nach Verhandlungen war zentrales Thema auch in der Arbeitsgruppe von Clemens Ronnefeldt vom Internationalen Versöhnungsbund-Deutscher Zweig. Aus dieser Gruppe kam dann auch der Vorschlag ans Plenum, hierzu von der Tagung eine Resolution zu verabschieden.

Eine schnelle Verhandlungslösung könnte auch dazu beitragen, den neuen Kalten Krieg in seinen Anfängen zu stoppen, wie die Arbeitsgruppe von Christiane Lammers betitelt war.



Foto: Protest der „Seebrücke“ in Köln.
© Nick Jaussi,
CC BY 2.0 DEED

Prognose Klimaflucht

Zum Zusammenhang von Klimawandel, Migration und Flucht

Seit einiger Zeit geistern hohe Zahlen – teils im Milliardenbereich – von Klimavertriebenen durch die Medien. Diese Zahlen sind laut Migrationswissenschaftler*innen allerdings unrealistisch und können sich sogar negativ auf die Migrationsdebatte auswirken, denn diese hohen Schätzungen suggerieren, dass ganze ‚Wellen‘ von Klimageflüchteten nach Europa kommen würden. So nutzen beispielsweise konservative, rechte oder rechtsextreme Parteien diese Zahlen und schüren Angstszenerien vor Geflüchteten und Migrant*innen, was zu mehr Abschottung, aber auch innerhalb der Gesellschaft zu mehr Abwehrhaltungen gegenüber geflüchteten Menschen führt. Aber wie entstehen diese hohen Klimamigrationsprognosen und wie realistisch sind diese wirklich? Eine Übersicht über die Verbindungen von Klimawandel, Migration und Flucht.

Grundsätzlich ist es so, dass Migrationsprognosen immer nur Schätzungen sind, welche verschiedene Aspekte behandeln und somit auch sehr unterschiedliche Ergebnisse erzielen. Ein Faktor, welcher bei den Migrationsprognosen im Milliardenbereich aufgrund des Klimawandels zentral ist, beschreibt das Verhalten der Menschen bei der Binnenmigration. Hierbei wurden die aktuellen Zahlen der Binnenvertriebenen¹ bis 2050 hochgerechnet, ohne jedoch zu berücksichtigen, dass ein Großteil der Menschen irgendwann wieder in ihre Heimat zurückkehrt. U.a. entstehen so diese besonders hohen Migrationsprognosen, welche in der



© Privat

Autor:
JULIAN BÖTTCHER
ist Bildungsreferent
beim Bund für Soziale
Verteidigung.

¹ Laut dem Internal Displacement Monitoring Centre (IDMC) haben 2022 rund 32,6 Millionen Menschen ihre Heimat aufgrund von Katastrophen und klimabedingten Ereignissen sowohl kurz- als auch langfristig verlassen müssen. Quelle: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/hilfeweltweit/themen/fluchtursachen/klimawandel>



Foto links:
© Leif Hinrichsen,
CC BY-NC-ND 2.0 DEED

Foto rechts: Klimablockade
von compact in Berlin 2023.
© Chris Grodotzki /
Compact,
CC BY-NC 2.0 DEED

Öffentlichkeit teils schon als zukünftige Realität beschrieben werden. Die meisten Prognosen liegen bei ca. 200 bis 250 Millionen Klimavertriebenen bis 2050. Dies sind zwar immer noch alarmierende Zahlen, aber weit entfernt von den großaufgemachten Überschriften in den Medien, welche von Rechtspopulist*innen aufgegriffen werden können. Außerdem bleibt ein Großteil dieser Menschen in der heimatlichen Region und verlässt das eigene Land kaum.

Dies hat mehrere Gründe: Zum einen sind die Folgen des Klimawandels, trotz dessen, dass Naturkatastrophen mittlerweile für mehr als dreimal so viele Vertreibungen verantwortlich sind als gewaltsame Konflikte, bislang kein Asylgrund. Der UN-Menschenrechtsausschuss fordert hier ein Umdenken der Staaten. Ausschlaggebend hierfür war der Fall eines Bürgers der Pazifikinsel Kiribati, der Asyl in Neuseeland beantragt hatte und abgelehnt wurde. Der UN-Menschenrechtsausschuss gab der neuseeländischen Asylablehnung zwar Recht, betonte aber, dass Klimavertriebenen das Recht auf Asyl nicht verweigert werden dürfte, wenn ihr Leben in Gefahr ist. Zum anderen flüchten Menschen gerade bei Stürmen und Überschwemmungen, welche durch den Klimawandel vermehrt und stärker auftreten, nur temporär und kehren zurück in ihren Heimatort, um diesen wiederaufzubauen. Denn natürlich wollen die Vertriebenen ihre Heimat nicht ‚einfach so‘ verlassen.

Aus europäischer Sicht könnten wir schnell zu dem Entschluss kommen, dass Europa und Deutschland damit schön raus sind und die Verantwortung den betroffenen Ländern und Menschen zuschieben. Aber so einfach ist das nicht, zumal es offensichtlich ist, dass der ‚Globale Norden‘ hauptsächlich für den Klimawandel und somit auch für die Auswirkungen, welche den ‚Globalen Süden‘ am stärksten treffen, verantwortlich ist. Somit ist der ‚Globale Norden‘ aus einer Gerechtigkeitsperspektive verpflichtet, den Menschen aus dem ‚Globalen Süden‘ die Unterstützung anzubieten, die diese benötigen – und zwar ohne Menschen in Hilfsbedürftigkeitskategorien einzuteilen oder aus einer neokolonialen ‚wir wissen alles besser‘ Perspektive Länder zu beraten. Dies bedeutet, dass auf internationaler Ebene sowohl Klimapässe und Aufnahmemöglichkeiten für Klimavertriebene geschaffen werden, als auch vor Ort Unterstützung organisiert werden muss. Gerade mit Blick darauf, dass die wirklich hilfsbedürftigen Menschen nicht über die Ressourcen verfügen, um die eigene Region zu verlassen, müssen schnell die Mittel für Klimaanpassung in den betroffenen Ländern aufgestockt werden. Hier können zusätzlich mit Hilfe der lokalen Regierungen und humanitären Organisationen mehr Beachtung auf Klimaanpassung und Klimavertriebene gelegt werden, um so den Menschen bestmöglich zu helfen.



Was hilft gegen Polarisierung und politische Gewalt?

Gemeinsam Bierstände aufbauen hat den größten Effekt gegen Polarisierung

Jan G. Voelkel und seine Kolleg*innen haben in einer Megastudie¹ im Mai 2022 an über 32.000 Versuchspersonen getestet, was gegen Polarisierung hilft. Die Studie war eine der größten repräsentativen Online-Befragungen und 25 Maßnahmen wurden getestet. Es besteht ein Unterschied zwischen der amerikanischen und der deutschen Gesellschaft, aber die getesteten Interventionen können auch hier benutzt werden.

Die Wissenschaftler*innen untersuchten die Effekte der Maßnahmen in drei Feldern:

1. Feindseligkeit
2. Unterstützung undemokratischer Praktiken
3. Unterstützung für politische und parteiische Gewalt

Zur Verringerung von Feindseligkeiten halfen „positive Kontakt-Videos“: Die Teilnehmenden sahen sich Videos an, in denen jeweils zwei Menschen nach Anleitung gemeinsam einen Bierstand aufbauen, sich dabei gut verstehen und am Ende erfahren, dass sie zu politischen Themen ganz konträre Meinungen vertreten.

Eine andere Intervention nannten die Wissenschaftler*innen „Gemeinsame erschöpfte Mehrheit“: Die Teilnehmenden lasen einen Text, der darlegt, dass die neuen Medien Polarisierung fördern, um ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Der Text führt weiter aus, dass die meisten Demokrat*innen und Republikaner*innen zur ‚erschöpften Mehrheit‘ gehören und die Polarisierung ablehnen.

¹ Jan G. Voelkel and Robb Willer, Megastudy Identifying Successful Interventions to Strengthen Americans' Democratic Attitudes, Working Paper, Department of Sociology, Stanford University, Stanford, <https://www.ipr.northwestern.edu/our-work/working-papers/2022/wp-22-38.html>

Foto links: Hamburg 28.01.2024 - "Hamburg steht zusammen - für Vielfalt und Demokratie". © Rasande Tyskar, CC BY-NC 2.0 DEED

Foto rechts: Demonstration für Demokratie, Vielfalt und Teilhabe in St. Wendel am 5.2.24, © Kai Schwerdt, CC BY-NC 2.0 DEED



Autorin:
OUTI ARAJÄRVI
ist Ko-Vorsitzende des BSV.

Foto links: Gewaltfreie Kommunikation wird oft vorgeschlagen, wenn es um das Thema Dialog mit Andersdenkenden geht. Hier Marshall Rosenberg 1990 bei einem Workshop über Gewaltfreie Kommunikation mit Handpuppen Giraffe und Schakal.
 © Etan J. Tal - Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=21747293>



Foto rechts: Protest gegen Trump 2016.
 © Pax Ahimsa Gethen - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=53354934>

Diese beiden Maßnahmen verringern die Feindseligkeit um 10 Punkte auf einer Skala von 0 bis 100. Im Durchschnitt lag die von der Studie ermittelte Feindseligkeit bei 70 Punkten.

Um 9 Punkte wurde die Feindseligkeit verringert durch die Interventionen „Gemeinsame nationale Identität“ und „sympathische persönliche Erzählungen“. Teilnehmende lasen in „Gemeinsame nationale Identität“, dass die Demokratie einen entscheidenden Anteil an Amerikas Erfolg gehabt hat. Sie lasen, dass Demokrat*innen und Republikaner*innen die gleiche nationale Identität teilen, welche die Demokratie und die Ablehnung von Gewalt beinhaltet.

In der zweiten untersuchten Gruppe reduzierte die Intervention „Korrektur von falscher Wahrnehmung“ die Unterstützung von undemokratischen Praktiken durch die Teilnehmenden um sechs Punkte. Die Teilnehmenden lernten in einem Video mit mehreren Demokrat*innen und Republikaner*innen, dass die andere Seite weniger extrem über die Migration und die Entmenschlichung der Gegenseite denkt, als sie erwarteten. Auch in dem dritten untersuchten Feld, „Unterstützung für politische und parteiische Gewalt“, bewirkte die Maßnahme eine Reduktion um drei Punkte.

Die Intervention „Drohender Zusammenbruch der Demokratie“ verringerte die Unterstützung für undemokratische Praktiken um fünf Punkte. Die Teilnehmenden schauten hier ein Video über Bürgerunruhen und Polizeirepression in mehreren Ländern, in denen die Demokratie zusammengebrochen ist und sahen Szenen über den Sturm auf das Capitol von 2021. Sie beantworteten danach Fragen, wie sie die Demokratie schützen können. Allerdings erhöhte die Maßnahme die Unterstützung für politische und parteiische Gewalt um drei Punkte.

Die Forschendengruppe fragte „Wie könnten diese Erkenntnisse genutzt werden, um die Spaltung der Parteien und antidemokratische Einstellungen zu überwinden?“

Die Forschendengruppe vermutet, die wirkungsvollsten Interventionen könnten auf Websites und Plattformen der sozialen Medien angewandt werden, um die Einstellungen der breiten Öffentlichkeit zu verändern. Die taz interviewte Jan G. Voelkel², der in Köln Sozialwissenschaften und Sozialpsychologie studierte, in der Wochentaz 16. - 22. März. Er sagte, „Wenn Sie sich trotz politischer Differenzen eine gute Beziehung mit der Familie erhalten möchten, sollten Sie sich auf das fokussieren, was Sie an Eltern, Geschwistern und Verwandten lieben und was Sie mit ihnen gemeinsam haben“.

² <https://taz.de/Gegen-die-Polarisierung!/5996923&s=Stereotype+sind+toxisch/>



Foto links: Demonstration in Washington.
© Ted Eytan,
CC BY-SA 4.0 DEED

Foto rechts: Demo gegen den Vietnamkrieg in Arlington 1967. Ein Demonstrant bietet einem Polizisten eine Blume an.
© S.Sgt. Albert R. Simpson, Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=1111279>

Neue Online-Zeitung „gewaltfreie aktion“

Am 1. April 2024 ging das neue Nachrichten- und Meinungsportal gewaltfreie aktion mit ersten Artikeln online. Die gewaltfreie aktion berichtet über Menschen, Initiativen und soziale Bewegungen, die sich auf konstruktive Weise für soziale Gerechtigkeit und Frieden einsetzen – eine Perspektive, die zu wenig Gehör findet. Die Initiative arbeitet nicht gewinnorientiert, und die Artikel erscheinen frei verfügbar im Internet: <https://gewaltfreieaktion.de>

An vielen Orten weltweit gibt es Menschen, die für Verbesserungen ihres Umfeldes gewaltfrei aktiv sind, z.B. für mehr Gerechtigkeit, die Bewahrung der Umwelt, für Dialoge und gewaltfreie Konfliktaustragung, wo Menschen andere Menschen schädigen. In unseren Medien wird zu wenig von ihnen und ihren Aktivitäten berichtet.

Das wollen wir, das sind Christian Büttner, Dalilah Shemia-Goeke, David Scheuing, Kevin Kaisig, Martin Arnold und ich, mit dem Nachrichten- und Meinungsportal gewaltfreie aktion ändern, das am 1.4. mit drei Artikeln gestartet ist. Weitere sind hinzugekommen oder in der Redaktionsschleife.

Die gewaltfreie aktion berichtet mit inspirierenden Geschichten, Reportagen oder Analysen über die Praxis der gewaltfreien Bewegungen und regt Austausch und Lernerfahrungen an.

Damit wollen wir den Menschen und den gewaltfreien Wegen, die sie gehen, zu mehr Beachtung verhelfen. Wir wollen ihre Hoffnungen und Ängste, ihre Ideen, Handlungen und Erfahrungen bekannter machen, um gemeinsam mit ihnen und anderen davon zu lernen. Auf der Reise nach Guatemala, die ich gerade machen durfte (siehe Artikel in dieser Ausgabe) konnte ich das hautnah erleben: das harte Leben in den Bergbaugebieten, die den Menschen das Wasser entziehen und verschmutzen auf der einen Seite und der solidarische gewaltfreie Protest dagegen, der manche juristische Erfolge und Stilllegungen von Minen gebracht hat.

Wer die Webseite besucht, wird daran teilhaben, wie gewaltfreie Aktionen geplant und durchgeführt werden, was sie trägt, wie sie zu Erfolgen oder Teil-



© Privat

Autor:
STEPHAN BRÜES
ist neben Kevin Kaisig bezahlter Redakteur der gewaltfreien aktion und Ko-Vorsitzender des BSV.

Foto links: Greenpeace Aktion gegen Esso. 06.03.2003
© Jonathan Happ,
Public domain,
via Wikimedia Commons
<https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Gp-esso.jpg>



Foto rechts: "No NATO"-Protest 2012 in Chicago.
© Bartosz Brzezinski -
<https://www.flickr.com/photos/bartosz/7245658490/>, CC BY 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=56839287>

erfolgen kommen – und wie mit Misserfolgen umgegangen wird und daraus neuer Mut entstehen kann.

Mit unseren Texten, Bildern und Tönen wollen wir Euch anregen zu eigenen gewaltfreien Aktionen für soziale Verbesserungen.

Wir laden Euch ein

Unsere Zeit und unsere Ressourcen sind jedoch begrenzt. Was die gewaltfreie Aktion sein und werden kann, hängt wie so oft stark an den Ressourcen. Darum laden wir Interessierte ein, uns in verschiedenen Bereichen ehrenamtlich zu unterstützen, beim Schreiben, beim Geld einwerben und bei SocialMedia-Arbeit.



<https://gewaltfreieaktion.de>

Bitte melde Euch, wenn Ihr Lust habt mitzumachen, bei uns.

- Für Autor*innen besteht die Möglichkeit, inhaltlich zu unserem Profil beizutragen.
- Wer Fundraising betreibt, kann helfen, die notwendige finanzielle Grundlage für die gewaltfreie Aktion zu schaffen, die durch die bisherige Vorfinanzierung noch nicht auf festen Füßen steht. Aktuell gibt es eine Kampagne auf betterplace.org.
- SocialMedia Unterstützer*innen werden gebraucht, um das neue Portal weit und breit, zumal unter Jüngeren, bekannt zu machen. Bisher gibt es uns auf Facebook und Instagram, eingerichtet und betreut von Stephan.



Neue Materialien

Infoblatt: Geschichtliche Hintergründe zum Gaza-Konflikt

Das 8-seitige Infoblatt beschreibt die geschichtlichen Hintergründe der Konflikte im israelisch-palästinensischen Raum seit der Gründung des Staates Israel.

<https://soziale-verteidigung.de/produkt/geschichtliche-hintergruende-zum-gaza-konflikt>

Buch: "Pazifismus heute: Ein Gespräch über Alternativen zum Krieg in der Ukraine",
von Majken Jul Sörensen (für 10 Euro) bei uns im Shop:

<https://soziale-verteidigung.de/produkt/pazifismus-heute-ein-gespraech-ueber-alternativen-zum-krieg-in-der-ukraine>

Unser Youtube-Kanal

Auf unserem Youtube-Kanal finden sich interessante Vorträge und Kurzfilme, z.B. zum Thema Soziale Verteidigung, Klimakrise und Rüstung oder Zivile Konfliktbearbeitung. Einfach mal reinschauen!

<https://www.youtube.com/channel/UCHDhToYBCHtkfnpYXWU4bqw>



Gewaltfreier Widerstand in Guatemala Für Mutter Erde und den Schutz allen Lebens

Foto links: Eine Bäuerin
mit von ihr hergestellten
Taschen.
© Stephan Brües

Foto Mitte: Wandbild
© Stephan Brües

Foto rechts: Eine Markt-
straße in Antigua.
© Mark Stabile,
CC BY 2.0 DEED

Zwischen dem 4. und dem 12. Mai fand eine Delegationsreise der US-kanadischen Menschenrechtsorganisation Rights Action statt. Rights Action unterstützt seit Jahrzehnten den gewaltfreien Widerstand gegen Bergbauprojekte in Guatemala. Neben der Solidarität mit dem Widerstand ist es ihr wichtig, die Verantwortung der nordamerikanischen Konzerne, die hinter den Bergbauprojekten stehen, offen zu legen. Denn die Konflikte in Guatemala sind nicht intern, sondern international, sagt Grahame Russell, der die Delegationsreise mit seiner Tochter Camilla Rich organisiert hat.

In den ersten Tagen in der Hauptstadt hat die Reisegruppe die Vereinigung der Familien der Verschwundenen (FAMDEGUA), die Nationale Vereinigung der Witwen (CONAVIGUA) und die Stiftung für Anthropologie und Forensik (FAFG) besucht, die den Erinnerungsprozess an die brutalen Repressionen des Militärs in den 1970er und 1980er Jahren bearbeiten, die Wahrheit über die Verschwundenen erfahren und die Verantwortlichen vor Gericht bringen: Aktuell z.B. General Benedicto Lucas Garcia.

Eine große Hilfe ist die FAFG, eine unabhängige Organisation von multidisziplinär arbeitenden Wissenschaftler*innen, die Massengräber exhumierte, die dort liegenden Opfer identifiziert und forensisch herausfindet, was mit ihnen passiert ist. Was die Bedeutung von FAFG noch vergrößert, ist, dass sie in einer Akademie Menschen aus allen Teilen der Welt in dieser Arbeit trainiert, z.B. die Rohingya (www.fafg.org).

Gewaltfreier Widerstand gegen die Bergbauprojekte

Es gibt viele Bergbauprojekte internationaler Konzerne in Guatemala und sie haben überall zu Wasserknappheit und -kontamination und wenig Entwicklung für die Bewohner*innen vor Ort geführt. Zudem wurde das völkerrechtlich vorgeschriebene Recht auf eine Konsultation der indigenen Gemeinden entweder nicht eingehalten oder manipuliert. Für die Menschen ist dies nicht nur eine Missachtung ihrer Kultur, sondern auch von Mutter Erde.

Letztlich geht es um ein Zusammenprall unterschiedlicher Modelle der Entwicklung: Das auf Privateigentum und Ausbeutung beruhende exportorientierte



© Privat

Autor:
STEPHAN BRÜES
ist Redakteur von
gewaltfreie aktion, Fijate!
und Ko-Vorsitzender des
BSV.



Ausführlichere Artikel finden sich im Guatemala-Nachrichtendienst Fijàte! und auf dem Online-Portal gewaltfreieaktion.



<https://www.guatemala.de/Fijate>

kapitalistische Wirtschaftsmodell gegenüber dem kollektiven Eigentum der Maya-Kulturen, dem Wert des Rechts auf Selbstbestimmung im eigenen Land und des lokal basierten Wirtschaftens. Beispielfhaft wurde dies bei den Xinka in Santa Rosa artikuliert.

Den besuchten vier Widerstandsorten im Südosten – La Puya (Department Guatemala), El Estor (Department Izabal), Cerro Blanco (Department Jutiapa) und die Silbermine Escobar in Casillas (Department Santa Rosa) – ist gemein, dass ihr Widerstand gewaltfrei ist. Aber gibt es einen spezifischen Maya-Zugang zur Gewaltfreiheit?

Leider war es aus Zeitgründen nicht einfach, Antworten auf diese Frage zu finden. Zudem unterschieden sich die Widerstandsformen an den vier Orten.

In La Puya, bekannt geworden durch die langjährige Blockade der Zufahrt zu der Mine, ergeben die Antworten der Aktivist*innen, dass Gewaltfreiheit eher eine Strategie als ein Prinzip ist. Protection International führte dort ein Training in gewaltfreier Aktion durch. Ein konkreter indigener Zugang zur Gewaltfreiheit wurde hier auf Nachfrage hin nicht artikuliert, was nicht heißt, dass es ihn nicht geben kann.

So z.B. in El Estor: German Choc, Sohn der bekanntesten Aktivistin Angelica Choc, sagte, dass es bei den Kekchi den Begriff Inka Tawasik für Gewaltfreiheit gibt. In der Kekchi-Kultur werde der Respekt vor jedem Leben als besonderer Wert angesehen. Ein Leben in Frieden werde angestrebt.

An der Goldmine Cerro Blanco nahe Asuncion Mita und auch an der Silbermine in Casillas, Santa Rosa spielt die katholische Kirchengemeinde bzw. eine Diözesankommission für den Schutz der Natur eine federführende Rolle im Widerstand. In Asuncion Mita sagte eine Aktivistin explizit, dass sich die Gewaltfreiheit aus dem katholischen Glauben speise. Ähnlich ist es bei den Xinka in Casillas, Santa Rosa.

Zusammenfassend lässt sich die Gewaltfreiheit beim indigenen Widerstand in Guatemala mit verschiedenen Aspekten erklären. Da ist die Effektivität der gewaltfreien Aktion gegenüber einem gewaltsamen Widerstand. Da ist der Wert des Lebens und der Mutter Erde, der tief in der Maya-Kultur, sei es der Kekchi in El Estor oder der Xinka in Casillas, eingebunden ist. Und da ist der Beitrag des katholischen Glaubens.



Rundbrief und Briefe lieber online?

Unser Rundbrief wird kostenlos an unseren Gesamt-Adressverteiler versandt. Wer ihn lieber als PDF beziehen möchte, teile uns das doch per Email an info@soziale-verteidigung.de mit. Und natürlich auch, wer ihn nicht mehr erhalten will. Es besteht ebenfalls das Angebot, unsere Briefe per Email zu bekommen. Auch hier können wir die Zusendung von Papier auf Email umstellen.

Fachgespräch:

Krieg, Krisen, Rechtsruck – Friedensarbeit vor Ort neu herausgefordert

Wie schaffe ich Frieden in meiner Kommune? Wie engagiere ich mich für den Frieden weltweit lokal in meiner Kommune? Und was tragen Kommunen als solche zum Frieden in der Welt bei? In diesem Fachgespräch geht es um „Friedensarbeit in, mit und aus meiner Kommune, meiner Stadt oder meinem Dorf“.

Angesichts der aktuellen friedenspolitischen Herausforderungen ist es wichtig, dass Menschen sich vor Ort für Frieden engagieren. Frieden beginnt vor Ort – an dieser alten Erkenntnis hat sich nichts geändert.

Das Ziel des Fachgesprächs ist es, Erfahrungen aus der Friedensarbeit vor Ort in einer Kommune – Stadt oder Dorf – zusammenzutragen und weiterzuentwickeln. Wir möchten dabei die verschiedenen oben skizzierten Akteursgruppen als Ressource People zusammenbringen und einladen, ihre spezifischen Erfahrungen zu teilen.

10.30	Begrüßung und Einführung <i>Christof Starke und NN BSV</i>
10.45	Panel zu Themenbereichen: 1. Internationale Städtediplomatie: Das Beispiel der Mayors for Peace <i>Dr. Sabine Meschkat-Peters, Landeshauptstadt Hannover, Büro für internationale Angelegenheiten, Geschäftsstelle Mayors for Peace (online)</i> 2. Impulse, die von Kommunen in die internationale Arbeit ausgehen <i>Agnes Sander, Durchführende*r AGDF-Analyse Kommunalen Friedensarbeit</i> 3. Klassische kommunale Friedensarbeit <i>Ralf Buchterkirchen, DFG-VK Halle</i> 4. Friedensorganisationen vor Ort
12.30	Mittagspause
13.30	Arbeitsgruppen: a. Friedensstadt Freiburg: Arbeit der Kampagne Wehrhaft ohne Waffen <i>Christoph Besemer, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion</i> b. Friedensarbeit von Städten – Mayors for Peace und Städtepartnerschaften für Frieden nutzen (N.N.) c. Kommunale Konfliktberatung <i>Ulrike Gatzemeier, VFB Salzwedel</i> d. Friedensarbeit in Halle <i>Christof Starke, FK Halle</i>
15.00	Pause
15:15	Berichte aus den AGs und abschließende Besprechung: Wie kann Friedensarbeit in der Kommune gestaltet werden?
16.15	Ende für TN, die abreisen müssen
16.30	Führung zu TEKIEZ - Ort der Erinnerung und Solidarität <i>Christof Starke</i>
18.30	Ende

Das Fachgespräch wird gefördert vom:

Friedenspolitischen Fonds der Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden
Lothar-Kreyssig -Ökumenezentrum der EKM



Der **Teilnahmebeitrag** beträgt 25,- Euro (inkl. Mittagessen und Getränken).

Anmeldung per Email oder Telefon an den Bund für Soziale Verteidigung,
info@soziale-verteidigung, Tel. 0571-29 456.

Veranstaltungsort: Evangelische Erwachsenenbildung Sachsen-Anhalt,
Regionalstelle Halle, Puschkinstraße 27, 06108 Halle/Saale



“

Rache und immer wieder Rache! Keinem vernünftigen Menschen wird es einfallen, Tintenflecken mit Tinte, Ölflecken mit Öl wegwaschen zu wollen. Nur Blut, das soll immer wieder mit Blut ausgewaschen werden.

Bertha von Suttner (1843 - 1914), österreichische Schriftstellerin und Pazifistin; Friedensnobelpreis 1905

”



Bund für Soziale Verteidigung e. V.
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de